

Außenansicht *Volker Perthes*

## Zwischen Ambition und Angst

**Die neuen Sanktionen verunsichern Irans Führung. Das sollte der Westen nutzen und nicht nur über das Atomprogramm reden.**

Im Herbst wollen sie wieder reden: Irans Unterhändler und die Vertreter der fünf permanenten Sicherheitsratsmitglieder sowie Deutschlands, 'P5 plus1' genannt. Das jedenfalls zeichnet sich nach dem jüngsten Briefwechsel zwischen der europäischen Außenbeauftragten Catherine Ashton und dem iranischen Atomunterhändler Said Dschalili ab. Ein Erfolg dieser Gespräche ist keineswegs gesichert. Die gegenwärtige Motivationslage der iranischen Seite lässt sich aber nutzen.

Die Außen-, aber auch die Atompolitik Irans wird weiterhin von einer Mischung aus Ambitionen und Angst getrieben: Iran will wirtschaftlich und technisch, aber auch politisch und militärisch die führende Macht am Persischen Golf sein und als solche auch anerkannt werden. Zugleich fürchtet man nach wie vor einen militärischen Angriff der USA - nicht Israels, interessanterweise -, der nicht nur das Atomprogramm, sondern das Regime zum Ziel hätte. Außerdem ist Außenpolitik auch in Iran immer auch Innenpolitik: Es geht um den Systemerhalt, gerade nach den umstrittenen Präsidentenwahlen des vergangenen Jahres. Das lautstarke Auftreten nach außen dient also der innenpolitischen Legitimation. Und es hilft, Konflikte innerhalb der Führungselite zu managen.

Der Sanktionsbeschluss des Sicherheitsrats vom Juni 2010 und die jüngst verhängten europäischen Handelsbeschränkungen haben in Teheran Nachdenklichkeit ausgelöst. Die wirtschaftlichen Folgen sind unangenehm, für das Regime aber noch beherrschbar: Die Sanktionen werden einen Teil der Importgeschäfte in die von den Revolutionsgarden kontrollierte 'graue' Ökonomie drängen; hier zählt, was man zahlen kann. Es würde die Wirtschaft des Landes härter treffen, sänke der Preis für ein Fass Rohöl auf unter 60 Dollar. Was in der iranischen Führung aber wirklich Anlass zum Nachdenken gab, war die politische Wirkung der Sanktionsresolution. Offenbar war man in Teheran erstaunt, dass die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats sich einigen konnten - zumindest von China hatte man eine Enthaltung erhofft. Dies zeigte der iranischen Regierung auch, dass die 'P 5 plus 1'-Gruppe, die man zeitweise glaubte, nicht mehr ernst nehmen zu müssen, weiterhin eine relevante Größe ist - jedenfalls dann, wenn man doch wieder in Verhandlungen einsteigen will.

Es war klar, dass Teheran nicht einfach den Forderungen des Sicherheitsrats nachkommen würde. Die iranische Führung zeigte aber, dass sie kein Interesse an einer weiteren Eskalation hat. Präsident Ahmadinedschad will weiterhin, nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen, mit den USA ins (politische) Geschäft kommen. Anders als angekündigt verzichtete er deshalb darauf, auf den Sanktionsbeschluss mit der Aufkündigung des im Mai von Brasilien und der Türkei vermittelten 'Teheran-Abkommens' zu reagieren, das einen Tausch von niedrig angereichertem iranischen Uran gegen Brennelemente für einen älteren Versuchsreaktor in Teheran ermöglichen soll. Und die Regierung ließ die europäische Außenbeauftragte wissen, dass man zu einer Wiederaufnahme des Dialogs mit der Sechsergruppe bereit sei.

Eine erste Gesprächsrunde wird wohl frühestens Ende September, nach dem Fastenmonat Ramadan und parallel zur oder nach der UN-Generalversammlung stattfinden. Bis dahin sollte die sogenannte Wiener Gruppe - die USA, Russland, Frankreich, die Internationale Atomenergiebehörde IAEA und natürlich Iran - sich dringend bemühen, das erwähnte Teheran-Abkommen umsetzungsfähig zu machen und mit dessen Umsetzung zu beginnen. Dieses Minimalabkommen würde den Atomstreit nicht lösen. Aber es wäre ein erstes vertrauensbildendes Signal, wenn, wie vorgesehen, 1200 Kilogramm iranischen angereicherten Urans in die Türkei gebracht werden könnten. Dies würde zeigen, dass bei einer Zusammenarbeit keine Seite verlieren muss. Atmosphärisch würde dies den weiteren Dialog sehr erleichtern.

Gleichwohl werden Teheran und die von Frau Ashton geführte Sechsergruppe mit unterschiedlichen Zielen in diese Gespräche gehen. Für die sechs steht das Nukleardossier im Vordergrund: Iran müsste die hohe Anreicherung von Uran einstellen, für die es spätestens bei einer Umsetzung des Teheran-Abkommens keinerlei Rechtfertigung gibt; es sollte auch die niedrigere Anreicherung zumindest zeitweise einfrieren, vor allem aber volle Transparenz über sein Atomprogramm herstellen. Dazu würde vor allem die Ratifizierung des von Iran bereits unterzeichneten Zusatzprotokolls zum Nichtverbreitungsvertrag dienen.

Teheran wird dagegen verlangen, nicht nur über sein Nuklearprogramm, sondern über globale und regionale

Probleme zu sprechen. Letztlich will man, dies geht aus dem recht undiplomatischen Schreiben Dschalilis an Ashton hervor, eine Bestätigung der sechs Mächte, dass diese die Islamische Republik als legitimen Partner akzeptieren. Das kompliziert den Prozess, bietet aber auch Chancen. So könnte es sinnvoll sein, die Gespräche nach einer oder mehreren Eröffnungsrunden in Arbeitsgruppen aufzuteilen. Eine Gruppe könnte sich mit dem Nukleardossier und früheren Vorschlägen zur wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit beschäftigen, andere Gruppen Fragen der regionalen Sicherheit, die Situation in Afghanistan, den regionalen Drogenhandel und das Problem der Piraterie behandeln. Diese Themen bereiten beiden Seiten Sorgen, hier sind beide Seiten am Austausch von Informationen interessiert, hier erscheinen pragmatische Formen der Zusammenarbeit möglich.

Für die EU und Deutschland böte dies die Gelegenheit, zu zeigen, dass der Atomstreit mit Iran zwar zentral ist, eine Iran-Politik aber mehr umfasst als nur die Auseinandersetzung um das Atomprogramm. Diese Politik könnte vielmehr auf drei Säulen basieren: auf einer robusten Nukleardiplomatie, die Angebote zur Kooperation aber auch Sanktionen einschließt; auf der Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei regionalen Problemen und schließlich auf einer sehr deutlichen und verstärkten Ansprache der iranischen Gesellschaft - durch akademischen Austausch und Stipendien genauso wie durch Expertendialoge und kulturelle Initiativen. Hier können die Europäer und Amerikaner für die Menschenrechte eintreten; hier können sie zeigen, dass ein freier Austausch von Gedanken, Ideen und die Überwindung gegenseitiger Vorbehalte nicht am Westen scheitert.

***Volker Perthes leitet die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Der 52-Jährige forschte und lehrte unter anderem in Damaskus und Beirut. Foto:SWP***